



Fisibach will Züribiet statt Zurzibiet

Die Gmeind sagt Nein zur vertieften Prüfung einer Fusion, stattdessen will sie einen Wechsel zum Kanton Zürich.

VON ANDREAS FRETZ

Donnerstagabend in Rekingen. Im Zentrum Trotte treffen sich die Gemeindeammänner aus zehn Zurzibiet Ort-schaften. Zuvor ereignete sich Histori-sches entlang des Rheins. An zehn zeit-gleichen Gemeindeversammlungen wurde ein und dasselbe Traktandum behandelt: Die Stimmberechtigten ent-schieden über einen Kreditantrag von maximal 55 000 Franken pro Gemein-de. Dieses Geld ist für eine vertiefte Prüfung des Fusionsprojekts Rheintal+ bestimmt. Kommt es dereinst tatsäch-lich zur Mega-Hochzeit, entstünde die flächenmässig grösste Gemeinde des Kantons.

Ein Ammann nach dem anderen traf im Anschluss an seine ausserordentli-che Gmeind in Rekingen ein. Hände wurden geschüttelt, es wurde nach dem Abstimmungsresultat gefragt. Man gratulierte sich und genoss einen Apé-ro. Als Marcel Baldinger als Letzter ein-traf, wurde das Händeschütteln nicht von Gratulationen begleitet, sondern von Bedauern. Fisibach hatte als einzi-ge Gemeinde Nein gesagt zum Kredit-antrag. Damit ist das Fusionsprojekt aber nicht gestorben: Die neun Befür-worter werden am definierten Zeitplan festhalten. Dieser sieht vor, dass im Herbst 2019 über die tatsächliche Fusi-on abgestimmt wird.

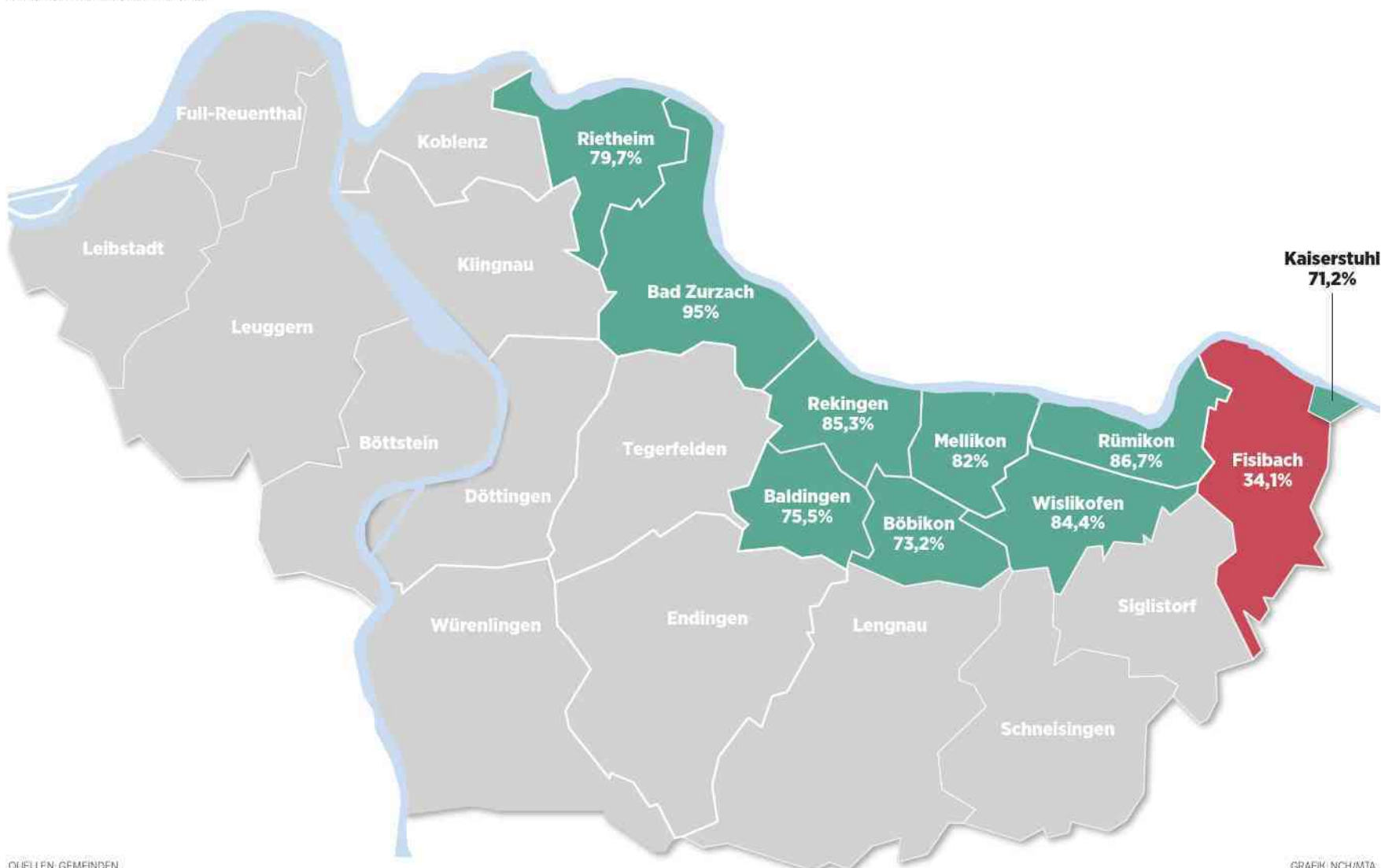
Scheidung statt Ehe

Auch wenn das Nein aus Fisibach nicht unerwartet kam, barg die Gmeind im 458-Seelen-Ort eine veritable Überraschung. Statt zum Startschuss einer möglichen Fusion wurde die Veranstat-tung zur Ouvertüre einer potenziellen Scheidung. Ein Votant stellte einen Überweisungsantrag an den Gemeinderat. Inhalt: Es sei ein Kantonswechsel vom Aargau nach Zürich zu prüfen. Die Versammlung stimmte dem Antrag mehrheitlich zu.

Die Ereignisse lassen Ammann Bal-dinger auch am Tag danach einigermas-sen ratlos zurück. «Wir müssen jetzt schauen, was das im Detail bedeutet», sagt er. «Auf jeden Fall ist der Gemein-derat gezwungen, Abklärungen zu tref-fen und die Fühler Richtung Zürich auszustrecken.» An der nächsten Sit-

Rheintal+: Neun Gemeinden sagen Ja zur vertieften Prüfung der Fusion

Anteil Ja-Stimmen in Prozent



QUELLEN: GEMEINDEN

GRAFIK: NCH/MTA

zung des Gemeinderats am 18. April wird das Thema behandelt. Klar ist: «Wir werden Gespräche führen und schauen, was möglich und was realistisch ist», so Baldinger. Klar ist aber auch: Es wird, wenn es denn soweit kommen sollte, ein langer Prozess, der auch von zwei Kantonen abgeseget werden müsste.

Fisibachs Nähe zu Zürich spielte auch die entscheidende Rolle bei der Ablehnung der vertieften Fusionsprüfung: Seit dem letzten Sommer gehen die Kinder und Jugendlichen der Gemeinde in Weiach im Kanton Zürich

zur Schule. «An der Gmeind wurde befürchtet, dass die Schüler nach einer Fusion nicht mehr in den Nachbarkanton in die Schule gehen können, sondern wieder in den Aargau müssen», sagt Baldinger. Allerdings: In Kaiserstuhl ist die Ausgangslage dieselbe, trotzdem sagte das kleinste Städtchen der Schweiz mit 71,2 Prozent Ja zur vertieften Prüfung des Zusammenschlusses. «Der Gemeinderat hat der Bevölkerung die Angst vor der Fusion nicht nehmen können», stellt Baldinger ernüchert fest. «90 Prozent der Angst bestand darin, dass der Standort der

Schule wieder wechseln könnte.» Er persönlich finde es sehr schade, dass die Stimmenden nicht Ja gesagt haben. Denn gerade Fragen wie der Schulstandort wären bei der vertieften Prüfung diskutiert und analysiert worden.

Neue Projektleitung

Bad Zurzachs Gemeindeammann Reto S. Fuchs betont, dass es im Fusionsprozess wichtig sei, andere Meinungen zu akzeptieren. Der bisherige Projektleiter Peter Weber vermutet, dass das Ausscheren der Skeptiker nun einige Entscheide vereinfachen könnte. In Zu-

kunft wird allerdings nicht mehr Weber, sondern das Beratungsbüro von Jean-Claude Kleiner die Projektleitung übernehmen. Weber war einigen Am-männern offenbar zu «Fusions-Euphorisch», wie Rekingens Ammann Werner Schumacher sagt. Kleiner hat sich einen Namen mit der Mega-Fusion in Glarus gemacht und gilt als sehr nüchtern, zahlenorientiert und neutral. Am 19. Juni werden nun acht Arbeitsgruppen ihre Tätigkeit aufnehmen. Die Bevölkerung ist zur Mitarbeit aufgerufen. In sogenannten Echogruppen kann sie den Prozess begleiten.